

## KOALITION OHNE ZUKUNFT: Faule Kompromisse statt Politik für die Mehrheit

Zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

„In Anlehnung an Kurt Tucholsky könnte man sagen, dass es ein Irrtum ist, dass die Regierung Probleme löst. Stattdessen werden die großen Probleme von einer gelangweilten Koalition liegen gelassen.“

Der Koalitionsvertrag stellt die Weichen auf Weiter-So. Wachsende soziale Ungleichheit, Ausbreitung von Alters- und Kinderarmut, Verschärfung des Wohnungs- und Pflegenotstands werden die Folge sein. Unsichere Beschäftigung und Niedriglöhne werden weiter das Leben von Millionen Menschen prägen, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geht ungebremst weiter. Dieser Vertrag wird die soziale Spaltung zwischen Armen und Reichen, zwischen West und Ost weiter vertiefen.

Höhere Steuern für Superreiche und Konzerne wird es nicht geben. Damit fehlt das Geld, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Versorgung von Kranken und Hilfsbedürftigen zu verbessern, um die öffentliche Verwaltung sowie das Bildungs- und Verkehrswesen auf Vordermann zu bringen. Eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen gibt es ebenso wenig. Die halbherzigen Reformen bei der Rente, der Pflege und im Gesundheitswesen reichen nicht, um massenhafte Altersarmut und eine Verschärfung des Pflegenotstands zu verhindern. Die Politik der sozialen Spaltung wird auch auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt: Es geht weiter so mit unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, mit Leiharbeit, sachgrundlosen Befristungen und einem erpresserischen Hartz IV-Regime.

Die schwarz-rote Koalition hat sich auf faule Kompromisse geeinigt. Zum Beispiel soll das schon vor Jahren versprochene Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit für alle nun kommen – doch nur für Firmen ab 45 Beschäftigten, wobei der Rechtsanspruch nur einem von 15 Mitarbeitern gewährt werden muss. Da hat die IG Metall mit ihrem aktuellen Arbeitskampf weitaus mehr für Beschäftigte und ihre Familien erreicht, als die schwarz-rote



Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion

Koalition in den nächsten vier Jahren.

Statt das baufällige Haus von Grund auf zu sanieren, bekommt die Fassade lediglich einen neuen Anstrich. Es ist zwar begrüßenswert, dass Schwarz-Rot die Kinderrechte endlich in der Verfassung verankern will. Das jedoch läuft ins Leere, wenn die materielle Situation von Familien nicht verbessert und die millionenfache Kinderarmut weiterhin nicht bekämpft wird. Und wie vertragen sich Kinderrechte in der Verfassung mit der verlängerten Aussetzung des Familiennachzugs? Es nützt auch nichts, in schönen Worten die europäische Integration zu beschwören, wenn gleichzeitig die unsoziale Politik, die Europa spaltet, ungehindert fortgesetzt wird.

Die SPD möchte sich gern dafür feiern lassen, dass die von ihr selbst mit abgeschaffte paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nun wieder eingeführt wird. Aber zaghafte Korrekturen an den Auswüchsen einer ungerechten Politik reichen nicht. Nötig wäre die Einführung einer Bürgerversicherung, zu deren Finanzierung alle mit all ihren Einkünften einen fairen Beitrag leisten. Allein dies könnte die Etablierung einer Zwei-Klassen-Medizin verhindern. Nötig wäre außerdem eine deutlich höhere gesetzliche Rente, die wirksam vor Altersarmut schützt.

Auch bei dem für immer mehr Men-

schen existenziellen Thema Wohnen und Mieten versagt die schwarz-rote Koalition in spe. Der Wille, dem rasanten Mietpreisanstieg wirklich etwas entgegenzusetzen zu wollen, ist nicht erkennbar. Das geplante Baukindergeld droht sich als Subvention für die Immobilienbranche zu entpuppen. Auch der Anstieg der Immobilienpreise ist eine zu befürchtende Wirkung. Eine Wende hin zu einer friedlichen Außenpolitik ist nicht erkennbar. Weder wurde ein kompletter Rüstungsexportstopp vereinbart, noch gibt es Ausstiegsszenarien für Kampfeinsätze der Bundeswehr. Die gemeinsam bei der NATO vereinbarten massiven Steigerungen des Rüstungshaushalts werden beibehalten. Die dringend notwendige Wiederherstellung des Sozialstaats ist so nicht machbar.

Die Nicht-Lösung vorhandener Probleme durch Schwarz-Rot war zwar zu erwarten. Das macht es jedoch nicht weniger dramatisch.

Mit diesem Koalitionsvertrag schaufelt sich die SPD ihr eigenes Grab. Ob das Begräbnis demnächst stattfindet, werden die Mitglieder der SPD entscheiden. Es bleibt zu hoffen, dass sie den Mut haben werden, in der Opposition einen Neuanfang zu wagen – statt sich an der Seite der Union zu Tode zu regieren.“

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch,  
Vorsitzende der Bundestagsfraktion

# WIE WEITER IN DER MIGRATIONSPOLITIK DER LINKEN?

Lothar Boese, Kreisvorsitzender



Volles Haus bei der Migrationsdebatte

Unter diesem Titel fand im Februar im Bernburger Wahlkreisbüro eine parteioffene Diskussionsveranstaltung statt. Hintergrund ist der Wunsch des Landesvorstands an die Kreisverbände, sich des Themas anzunehmen. Schon länger gibt es in einigen Landesverbänden der LINKEN Überlegungen zur Entwicklung einer Einwanderungsgesetzgebung aus linker Sicht. Diese Überlegungen kumulierten Anfang des vergangenen Jahres in einem Vorschlag einer Projektgruppe im Auftrag der Linksfraktionen aller ostdeutschen Landtage zu einer „Konzeption einer linken Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung“. Die Fraktionsvorsitzenden hatten sich in einer gemeinsamen Stellungnahme ausdrücklich hinter diese Überlegungen gestellt. In Sachsen-Anhalt kam durch einen Antrag der Linksjugend an den Landesparteitag im Mai des vergangenen Jahres mit dem Titel „Es braucht linke Einwanderungspolitik“ zusätzlich Bewegung in die Diskussion. Auf Antrag der damaligen Landesvorsitzenden Birke Bull-Bischoff wurde das Papier der Linksjugend aber an den Landesvorstand zurückverwiesen mit dem Wunsch, die Problematik erst ausführlich an der Basis der Partei zu diskutieren.

Der Einladung des Kreisvorstands zur Diskussion waren mehr als 20 Teilnehmer gefolgt. Als Gäste waren Jörg Schindler, stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied der oben genannten Projektgruppe, und Michael Waßmann, Mitglied des Landesvorstands und Einbringer des Antrags der Linksjugend, geladen. Beide hatten zu Beginn der Veranstaltung ausführlich Gelegenheit, ihre Überlegungen zum Thema darzulegen.

Jörg Schindler ging anfangs auf den Werdegang der Diskussion ein. Ausgangspunkt ist die Formulierung im Parteiprogramm von Erfurt (2011): „Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“

Noch im Chemnitzer Programm der PDS von 2003 hieß es dagegen: „Für Menschen in Not müssen die Grenzen Deutschlands und der Europäischen Union offen sein.“ Ein ähnlicher Formulierungsvorschlag wurde in Erfurt jedoch abgelehnt und „Menschen in Not“ durch eine Parteitagsmehrheit ersetzt durch „alle Menschen“. Die Aufgabe bestehe nun darin, so Jörg Schindler, Einwanderung „handhabbar“ zu machen und auch für das eigene Selbstverständnis zu formulieren, wie es „praktisch funktionieren“ könnte. Dem dürfte sich auch die LINKE nicht verschließen. Nach dem Aufenthaltsgesetz der Bundesrepublik sei der Aufenthalt von Ausländern in Deutschland „grundsätzlich“ verboten. Es gibt aber eine Reihe

von Ausnahmen, z. B. das politische Asyl. Die Frage sollte jedoch sein, wie legale Einwanderung geregelt werden könne. Das Aufenthaltsgesetz sollte durch ein Einwanderungsgesetz ersetzt werden. Andere Länder hätten dazu Punktesysteme oder die „Greencard“ (USA) entwickelt. Entscheidungen nach Nützlichkeit wären aber fragwürdig und sollten von der LINKEN abgelehnt werden. Der Vorschlag der ostdeutschen Landtagsfraktionen konzentriert sich auf drei Säulen, nämlich auf Kernpunkte für ein Einwanderungsgesetz, Verbesserungen für das Asylrecht und Vorschläge für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes. Als Ultima Ratio bleibt in den Vorschlägen dennoch eine Anordnung zur Ausreisepflicht, die aber nur unter strengsten Voraussetzungen auferlegt werden soll.

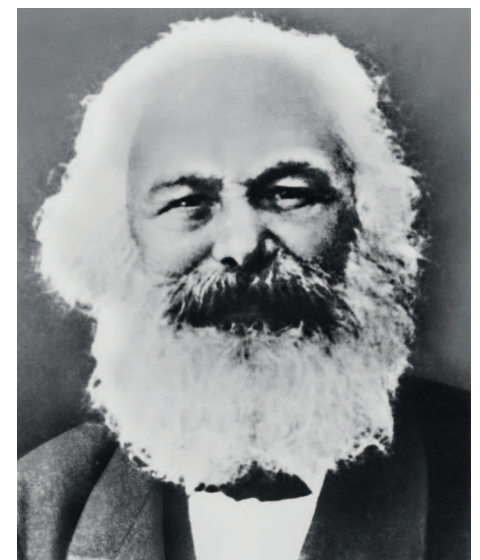
Michael Waßmann von der Linksjugend erläuterte deren Antrag an den Landesparteitag und stimmte prinzipiell zu: Es braucht linke Einwanderungspolitik. Auch die Linksjugend ist der Meinung: Die Erlaubnis, nach Deutschland einzureisen und sich hier niederlassen zu dürfen, sollte nicht mehr der Ausnahme-, sondern der Regelfall sein. Ausnahmen davon sollten nur schwerwiegende außen- oder sicherheitspolitische Gründe, wie Kriegsverbrechen oder Spionage für einen anderen Staat, sein, die in jedem Einzelfall gerichtsfest nachgewiesen werden müssten. Wer für längere Zeit in Deutschland lebt, müsse ohne weitere Anforderungen einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wer in Deutschland leben wolle, soll das auch dürfen.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurden unterschiedliche Meinungen geäußert. Allgemein wurde die Absicht, Einwanderung und Asyl aus linker Sicht zu regeln bzw. sich darüber Gedanken zu machen, befürwortet. Richtig und notwendig sei die rechtliche Trennung zwischen „Asyl“ und „Einwanderung“. Einige Teilnehmer berichteten von ihren praktischen Erfahrungen als Soziallotsen in der Betreuung von Asylbewerbern. Das größte Problem sei, dass diese nicht arbeiten dürften. Die Alpha-

betenrate bei den Syrern sei sehr hoch. Integration müsse stärker gefördert werden. Es gab aber auch verschiedene deutlich kritischere Stimmen. So zum Beispiel (in Stichworten): nicht die Realität aus den Augen verlieren ... wir können nicht alle reinlassen ... Integration muss machbar bleiben ... es kann nur gesamteuropäisch gehen ... Deutschland allein kann die Welt nicht retten. Mehrfach wurde die gute, humanistische Absicht gelobt, aber Skepsis geäußert, dass Einwanderung auf die vorgeschlagene Weise funktionieren könne. Dem Vorschlag mangle es an Realismus. Das würden auch viele bisherige Wählerinnen und Wähler der LINKEN spüren und sich von ihr abwenden.

Abschließend äußerte sich Jörg Schindler. Er begrüßte die offene Diskussion, mahnte aber auch Realismus in anderer Hinsicht an. Flucht- und Migrationsursachen zu bekämpfen, bleibe erste Aufgabe. Weltweite Migration würde aber bleiben und angesichts vielfältiger Probleme weiter zunehmen. Grenzen hermetisch abzuschotten wie in früheren Zeiten funktioniere nicht mehr. Auch Massenabschiebungen aus Deutschland, wie von manchen gefordert, seien aus verschiedenen Gründen unrealistisch. Schon die Herkunftsstaaten kooperierten meist nicht. Die Situation müsse humanisiert werden. Was solle die LINKE sonst vorschlagen?

## 200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“

# KRITIK AN STEIGENDEN PFLEGEKOSTEN

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer im Deutschen Bundestag



MdB Jan Korte

Seit Jahresbeginn sind die Kosten für einen Pflegeplatz auch in Sachsen-Anhalt um monatlich mehrere hundert Euro angestiegen. Pflegebedürftige und Angehörige stehen nicht selten vor schier unlösbaren finanziellen Herausforderungen. Auf eine grundlegende Reform in der Pflege dringt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer und Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Anhalt, Jan Korte, der die Bundesregierung auffordert, die

sozial- und pflegepolitische Zeitbombe zu entschärfen.

„Die aktuelle Berichterstattung über die steigenden Pflegekosten in Pflegeeinrichtungen steht stellvertretend für eine Diskussion, wie sie in vielen Orten meines anhaltischen Wahlkreises geführt wird. Kaum ein anderes Thema treibt die Menschen in unserer Region derzeit so um, wie die Pflegekosten für den pflegebedürftigen Partner, die Eltern oder Großeltern.“

Der anhaltische Abgeordnete weiter: „Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, dass die regionalen Abgeordneten der Großen Koalition dieses Problem scheinbar erst jetzt zur Kenntnis nehmen, haben sie im Bundestag in der vergangenen Wahlperiode mit ihrer Zustimmung zu den sogenannten „Pflegestärkungsgesetzen“ die massiv steigenden Zuzahlungen doch politisch mit zu verantworten“. DIE LINKE habe seinerzeit bereits auf die negativen Auswirkungen hingewiesen, die in Form steigender Eigenanteile nun eingetreten seien, erinnert Korte.

Um die Kostensteigerungen und den Personalmangel in der Pflege in den Griff

zu bekommen, macht sich die LINKE laut Korte für die Einführung einer Pflegevollversicherung stark, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien sollen keine Eigenanteile mehr zahlen müssen. Alle Leistungen sollen bedarfsdeckend und nach bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards erbracht werden.

Korte: „Mit einer Solidarischen Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, wollen wir die finanziellen Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen: auch privat Versicherte, Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und Selbstständige müssen entsprechend ihrem Einkommen in die solidarische Pflegeversicherung einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre schont. Grundlage für eine menschenwürdige Pflege ist eine verlässliche, gerechte und zukunftsfeste Finanzierung. So werden finanzielle Spielräume für bedarfsdeckende Leistungen, mehr Personal und bessere Entlohnung geschaffen. Gute Pflege braucht gute Arbeit. Tarifliche Bezahlung muss Standard werden, um regionale Leistungs- und Lohnunterschiede abzubauen.“

# UNTERSTÜTZUNG FÜR BERNBURGER STADTTEILHAUS

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Einbruch, Vandalismus und dann auch noch ein Brand, der alle Räume unnutzbar machte – das Bernburger Stadteilhaus im Wohngebiet Süd-Ost hatte es letzten Sommer hart getroffen. Bei meinem Besuch am Mittwoch und einem Rundgang mit der Leiterin Gabriele Zacher durfte ich aber sehen, dass seit dem viel passiert ist. Die meisten Räume des Hauses, das auch zum bundesweiten Netzwerk der Mehrgenerationenhäuser gehört, erstrahlen bereits wieder in neuem Glanz. Die Mitarbeiter der Stiftung Evangelische Jugendhilfe, die die Einrichtung betreibt, können ihrer wertvollen Arbeit im Stadteilhaus wieder nachgehen. Hier gibt es u.a. Beratungs- und Betreuungsangebote sowie einen Mittagstisch für Jung und Alt.

Dank der Versicherung und einer hohen Spendenbereitschaft in der Bevölkerung und bei Betrieben geht die Renovierung gut voran und wird voraussichtlich im Frühjahr angeschlossen sein. Um den weiteren Fortgang der Arbeiten ganz konkret zu unterstützen hatte ich am Mittwoch noch einen Scheck über 500 € vom Fraktionsverein dabei. Der multikulturelle Verein Meridian e.V., der seit vielen Jahren seinen Sitz im Stadteilhaus hat, hatte die

Unterstützung für die neue Einrichtung der Vereinsräume beantragt. Zum Vereinsvorsitzenden Aliakbar Abasov und seinen Mitstreiter\*innen besteht schon lange eine gute Beziehung. Beim Treffen im Stadteilhaus konnte ich wieder etwas

dazu lernen: Der Tisch war reich gedeckt, weil in slawischen Ländern gerade die Butterwoche gefeiert wird, bei der nochmal ordentlich zugelangt wird, bevor es in die Fastenzeit geht. Vielen Dank für die erneut beeindruckende Gastfreundschaft.



Scheckübergabe an Meridian e.V.

# WAHLKREISBÜRO GEHT IN DIE VERLÄNGERUNG

Marten Dietrich, Wahlkreismitarbeiter MdL Eva v. Angern

Am Mittwoch, den 14.02.2018 fand die Schlüsselübergabe des Wahlkreisbüros in der Pfännerstraße in Schönebeck statt. Die 2011 als Gemeinschaftsbüro von Sabine Dirlich und Dr. Rosemarie Hein bezogenen Räumlichkeiten wurden im Rahmen einer kleinen Feierlichkeit an Thomas Lippmann (MdL) und Eva von Angern (MdL) übergeben.

Trotz der Kälte folgten mehrere Gäste der Einladung – besonders freute sich Sabine Dirlich bei der Begrüßung über das Erscheinen des Schönebecker Oberbürgermeisters, Bert Knobloch und des Calber Bürgermeister Sven Hause. Viele weitere Organisationen waren ebenfalls anwesend, wie zum Beispiel der Seniorenarbeitskreis der IG Metall Magdeburg-Schönebeck oder Horst Schäfer vom Friedensfahrtmuseum Kleinmühligen.

Die Landtagsabgeordnete Eva von Angern war sichtlich erfreut, dass sie gemeinsam mit Ihrem Kollegen und Fraktionsvorsitzenden Thomas Lippmann ein gemeinsames Büro in Schönebeck eröffnen konnte. Thomas Lippmann hob hervor, dass er und seine Kollegin so oft wie möglich in Schönebeck präsent sein werden.

Wie bisher wird auch in Zukunft das Büro durch Ehrenamtliche genutzt. Sabi-

ne Dirlich, Christa Beier, Dr. Rosemarie Hein und Roland Claus sicherten ihre Unterstützung zu.

Die Partei und ihre Abgeordneten sind

damit in allen großen Städten des Salzlandkreises mit Büros präsent. Neben Schönebeck gibt es auch Anlaufstellen in Aschersleben, Bernburg und Staßfurt.



Büroeröffnung mit Eva v. Angern und Thomas Lippmann

## VERNUNFT SETZT SICH DURCH? Cannabis endlich legalisieren

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Zum Statement des Bundes der deutschen Kriminalbeamten (BdK) zur Legalisierung von Cannabis erklärt die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

Die jüngste Positionierung zum Thema Cannabislegalisierung durch den BdK ist erfreulich klar und deutlich. Wir teilen die Position von André Schulz in dieser Frage ausdrücklich, wenn er darauf verweist, dass das Verbot von Can-

nabis „historisch betrachtet willkürlich erfolgt und bis heute weder intelligent noch zielführend“ ist. Der BdK schließt sich damit der Positionierung vieler Mediziner\*innen, Strafrechtler\*innen und Sozialarbeiter\*innen an.

Die Cannabisprohibition ist nicht nur bei einem Vergleich der Gefahren, die von Zigaretten- und Alkoholkonsum ausgehen, nicht rational begründbar. Sie führt auch keineswegs dazu, dass Cannabis nicht konsumiert wird. Was allerdings damit erreicht wird, sind mangelnde Aufklärung über Wirkweise und mögliche negative Folgen und gesundheitliche Gefahren, keinerlei Kontrolle über Verunreinigungen und Wirkstoffgehalt der illegal gehandelten Substanzen und - aus der Illegalität resultierend - enorme Belastungen für Polizei und Justiz.

Gerade wer Jugendschutz und gesundheitliche Aufklärung will, muss

einsehen, dass beides mit einer auf Vernunft und Lebenswirklichkeit basierenden Drogenpolitik eher erreicht werden kann, als mit Verboten. Die Legalisierung von Cannabis ist überfällig. Menschen müssen selbst entscheiden können, ob, wie und wodurch sie sich berauschen wollen. Wer findet, Cannabis sei der Einstieg in die „Drogenszene“, sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen die Cannabis konsumieren wollen, nicht zu Dealern gehen müssen, sondern sich im Wissen um alle Risiken frei entscheiden können.

Es gibt bessere Möglichkeiten in der Drogenpolitik, als vor allem auf Repression zu setzen. Dazu gehört Entscheidungsfreiheit in der Frage des Cannabiskonsums genauso wie umfassende und nachhaltige Hilfe für Suchtkranke. Mit Verboten, Prohibition und Kriminalisierung hat entsprechende Hilfe allerdings nichts zu tun.



MdL Henriette Quade

# VORTRAG „FACHKRÄFTEMANGEL“ BEIM LINKEN STAMMTISCH

MdL Doreen Hildebrandt, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Ich will als Einstieg den Präsidenten der IHK Magdeburg zitieren. Er hat zum Neujahrsempfang am 11.01.18 unter anderem Folgendes gesagt: „Wir sind nicht mehr an einem Punkt, wo hier und dort ein Mitarbeiter fehlt oder eine freie Stelle nicht mehr so schnell besetzt werden kann. Wir sprechen mittlerweile über Produktionseinschränkungen, abgelehnte Aufträge und Betriebsaufgaben. In Sachsen-Anhalt werden bis 2020 rund 80.000 Fachkräfte, vom Mechatroniker bis zum Bäcker, gebraucht. Das ist übernächstes Jahr.“

Nach Ansicht von Wirtschaftsexperten geht derzeit die Arbeitslosigkeit aus zwei Gründen zurück:

1. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und 2. durch die demografische Entwicklung.

Diese hat weitaus stärkere Wirkung auf den Arbeitsmarkt, sodass es Sinn macht, sich die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt genauer anzusehen:

Das statistische Landesamt stellt fest, dass von 1991 bis 2014 die Einwohnerzahl im Land um 21% oder in absoluten Zahlen, um 587.776 Menschen zurückgegangen ist. Bertelsmann und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung prognostizieren, dass im Zeitraum von 2012 – 2030 Sachsen-Anhalt das Bundesland mit den stärksten Einwohnerverlusten von nochmal -13,6 % (Bertelsmann) bzw. -16,8% sein wird. Logisch: In den 90er Jahren sind hauptsächlich junge Frauen weggezogen, die jetzt nicht in Sachsen-Anhalt Kinder kriegen. Und Kinder, die nicht geboren werden, kriegen auch keine Kinder.

Der Altersdurchschnitt steigt z.B. im SLK von 50,2 Jahre in 2012 auf 55,7 Jahre in 2030. Dabei spielt immer noch eine überproportionale Abwanderung von jungen Erwachsenen eine Rolle.

Das Leibnizinstitut für Länderkunde hat 2015 eine Befragung unter Jugendlichen durchgeführt. Viele von den Befragten gaben an, aus drei Gründen nicht im Land bleiben zu wollen:

1. Wegen des Arbeitsmarktes (der Branchenstruktur, der Karrierechancen und des Lohnniveaus).

2. Wegen Mängeln in der Infrastruktur (unzureichendem ÖPNV, fehlenden Freizeitangeboten und wegen des fehlenden Zuganges zu schnellem Internet).

3. Wegen des fehlenden Zusammenhalts am Heimatort und der Alterung in den Heimatgemeinden.

Eigentlich alles nachvollziehbar: ich will doch dahin, wo ich Gleichaltrige treffen kann und gute Perspektiven habe. Beim ersten Wanderungsmotiv, also beim Arbeitsmarkt, werden die Jugendlichen auch durch ihre Eltern bestärkt, die in den 90er Jahren selbst die Erfahrung gemacht

haben, wie schwer es ist, hier auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Die Demografie ist aber nur ein Indikator für das Fachkräftepotential. Ein weiterer ist der Bestand an freien Arbeitsplätzen. Dort führt die Bundesagentur für Arbeit jährlich eine Engpassanalyse durch, wo es darum geht, wie lange es dauert, eine freie Arbeitsstelle zu besetzen. Diese sogenannte Vakanzzeit ist volkswirtschaftlich wichtig, weil sie abbildet, dass eine Beschäftigungsmöglichkeit nicht genutzt wird und damit Wertschöpfung, Einkommen und staatliche Einnahmen verloren gehen. Vakanzzeiten laufen prozyklisch zur Konjunktur. Klar: wenn viele Menschen arbeitslos und wenige Stellen frei sind, werden offene Stellen schneller besetzt, als wenn es wenige Arbeitslose und viele freie Stellen gibt.

Die Analyse für 2017 hat ergeben, dass es keinen flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland gibt. Allerdings gibt es Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern, in Bauberufen und in einigen Gesundheits- und Pflegeberufen.



Doreen Hildebrandt beim LINKEN Stammtisch

Nimmt man beides, die demografische Entwicklung und die Vakanzzeit zusammen, ist klar, dass wir den Fachkräftemangel in einigen Branchen bereits schon haben und in Zukunft weitere Branchen betroffen sein werden.

Durch die Konjunktur und hauptsächlich durch die demografische Entwicklung sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt so gut wie noch nie seit der Wende.

Zurzeit profitieren schon die Berufswähler von den guten Perspektiven beim Einstieg in den Arbeitsmarkt, einzelne Jobwechsler mit mindestens Facharbeiterabschluss, die aus Unzufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen sich etwas Besseres suchen und Rentner, die sich beschäftigen wollen – nicht die, die wegen Altersarmut müssen.

Auf Geflüchtete und langzeitarbeitslose Menschen wirkt sich die gute Arbeitsmarktlage noch nicht aus, vor allem weil Bund, Land und Jobcenter zu wenig in Qualifizierung investieren.

Hier müssen wir darauf achten, dass es

nicht dazu kommt, diese Personengruppen in bestimmte Branchen wie z.B. die Pflege zu zwingen. Möglichkeiten, Druck auszuüben haben die Jobcenter genug. Die Freiheit der Berufswahl muss für alle gelten.

Eine weitere Schwierigkeit sehe ich in der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Branchen: ein Großkonzern wie VW könnte es sich locker leisten, bessere Arbeitszeitmodelle und höhere Bezahlung anzubieten, wenn ihnen Fachkräfte fehlen. Mittelständische Unternehmen werden vor der Frage stehen, es sich leisten zu müssen oder perspektivisch den Betrieb zu schließen. Aber die öffentliche Daseinsvorsorge, wie z. B. die Pflege und die Kinderbetreuung, wird größtenteils aus Beiträgen der Kranken- und Pflegekassen oder aus Steuern finanziert. Das heißt, bis dort eine Reaktion auf den Fachkräftemangel zu erwarten ist, werden wir mit qualitativen und quantitativen Mängeln leben müssen.

Es haben die Wenigsten schon begriffen, wohin diese Arbeitsmarktlage führt:

Arbeitgeber reiben sich immer noch verwundert die Äuglein, weil sich niemand mehr auf ihre freien Stellen bewirbt. Dass sie in der Pflicht sind, Arbeitsplätze attraktiver zu machen und vor allem besser zu bezahlen, haben Viele noch nicht kapiert.

Andererseits besteht ein Großteil der Arbeitnehmerschaft aus den Generationen, die nach der Wende häufig deutliche Brüche in ihren Lebensläufen hinnehmen mussten und deren Identität sich über die Frage „hast Du Arbeit“ definiert. Der Nachwendegeneration, die ja auch schon auf dem Arbeitsmarkt vertreten ist, wurde durch Eltern und Großeltern und auch der Gesellschaft geradezu eingetrichtert, dass man sich, um seinen Arbeitsplatz zu behalten, angepasst verhalten muss, nicht zucken darf und froh sein muss, in einem Beschäftigungsverhältnis zu stehen, egal wie mies, geringfügig, befristet oder schlecht bezahlt es ist.

Nur langsam bemerken die Geknechteten, dass jetzt die Zeit kommt, wo Forderungen nach guter Arbeit erstritten werden können. Nach meinem Empfinden verharren auch die Gewerkschaften noch in einer Schockstarre. Aber in Zeiten der Individualisierung, der Ellenbogen, wo jeder für sich allein kämpft, kommen die Gewerkschaften auch schwer zu den Einzelnen durch.

Ich hielt diesen Vortrag nicht nur, damit wir am Stammtisch ein nettes Diskussions-thema haben. Ich wünsche mir vielmehr, dass immer mehr Menschen aufstehen und sich ihre miesen Arbeitsbedingungen nicht mehr bieten lassen. Wir brauchen jetzt eine Bewegung, die sich gemeinsam gute Arbeit erstreitet. Wir brauchen eine starke Arbeiterbewegung.

## KREISTAGSFRAKTION KAM ZUR JAHRESAUFTAKTFRAKTIONSSITZUNG IN STAßFURT ZUSAMMEN

Ralf-P. Schmidt, stellv. Fraktionsvorsitzender



Die Fraktion bei der Kreistagssitzung

In das Cafe „Am Wasserturm“ in Staßfurt hatte der Fraktionsvorstand zur Jahresauftaktfraktionssitzung am 05.02.2018 eingeladen. In dem gewählten Ambiente sollte es dann aber sehr konkret zur Sache gehen. Der Finanzplan 2018 der Fraktion, der Jahresbericht zum Solidarfonds 2017, der Jahres- und Arbeitsplan 2018 und

natürlich aktuelle Probleme der Kommunalpolitik und Kreistagsarbeit waren zu diskutieren. Aus dem Jahresarbeitsplan, der nicht nur die Termine der Fraktionssitzungen, des Fraktionsvorstandes und Bürgersprechstunden fixiert, war auch zu entnehmen, dass die Fraktion sich weiter schulen lassen will. So ist u.a. auch eine Schulung zur Doppik der Haushaltsplanung angedacht. Eine Frauentagsaktion, eine Fraktionsbilanz zum Jahresende mit entsprechendem Positionspapier, ein Treffen mit dem Kreisjugendwerk und eine Sommertour sind im durch die Fraktion bestätigten Papier zu finden. Bilanziert wurde auch, dass die Fraktion ihre Chance auf eine Vorschlagsliste für eine Mittelvergabe von 15T€ für soziale und kulturelle Zwecke im Landkreis gut genutzt habe. Und die Diskussion der aktuellen Beschluss- und Mitteilungsvorlagen zeigt, dass die Kreisräte auch 2018 wieder in-

haltlich zu den verschiedensten Themen gefordert sind.

Hier die Termine für die nächsten Fraktionssitzungen:

- MO - 26.02.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 09.04.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 30.04.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 04.06.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 25.06.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 20.08.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 10.09.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 22.11.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94
- MO - 03.12.2018 - 18:00 - Staßfurt - Fraktionsbüro, Löderburger Str. 94

## SOLIDARFONDS DER FRAKTION DIE LINKE IM KREISTAG SALZLANDKREIS

Ralf-P. Schmidt, stellv. Fraktionsvorsitzender

### Eine Nachlese zum Sachbericht 2017

**Entstehung:** Am 09.02.2015 hat die Fraktion DIE LINKE./ UWG (heute: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag des Salzlandkreises) einstimmig die Einrichtung eines Solidarfonds beschlossen.

**Ursprung der Spendeneinnahmen:** Der Solidarfonds speist sich aus den freiwilligen monatlichen Einzahlungen der Fraktionsmitglieder der LINKEN Kreistagsfraktion.

**Zielsetzung:** Der Solidarfonds dient der Unterstützung von sozial engagierten und nachhaltigen Projekten im Gebiet des Salzlandkreises und kann bis zu einer individuellen Höhe gewährt werden.

**Antragsberechtigte:** Antragsberechtigt sind grundsätzlich juristische Personen, aber auch Initiativen, Projekte und Einzelpersonen können eine Unterstützungsanfrage für ein soziales und nachhaltiges Projekt einreichen, oder aber diese anregen. Es werden keine Personalkosten übernommen.

**Regularien zur finanziellen Unterstützung:** Die Anträge sind in schriftlicher Form an das Fraktionsbüro (Fraktion DIE LINKE. im Kreistag des Salzlandkreises, Löderburger Straße 94, 39418 Staßfurt) zu stellen. Über die Gewährung finanzieller Zuwendung aus dem Solidarfonds entscheidet die Fraktion auf Vorschlag des Fraktionsvorstandes solidarisch nach ihrem Ermessen. Das Einbringen eines

Antrages an den Solidarfonds impliziert keinen Rechtsanspruch auf Zahlung. Die Mittel des Solidarfonds werden ausschließlich in Form von Geldleistungen und aufgrund des schriftlichen Antrages der jeweiligen AntragstellerInnen auf das Konto der AntragstellerInnen angewiesen. Die Angabe von Kontodaten (Kontoinhaber, IBAN und BIC) im Antrag ist daher unbedingt erforderlich.

**Aufgabe des Zuwendungsempfängers:** Vom Zuwendungsempfänger wird erwartet, dass er auf die erhaltene Zuwendung unter Nennung des Zuwendungsgebers öffentlichkeitswirksam aufmerksam macht. Weiterhin wird angestrebt, dass den Einzählern des Solidarfonds geeignete steuerliche Spendennachweise zur Verfügung gestellt werden. Rückfragen sind an das Fraktionsbüro unter [ktf@dielinke-salzlandkreis.de](mailto:ktf@dielinke-salzlandkreis.de) oder telefonisch unter 03925 32 23 81 zu richten.

**Solidarfonds 2017:** Im Jahr 2017 zahlten von den 15 Fraktionsmitgliedern 9 Personen in den Solidarfonds einen Betrag von 10,00 bis 20,00 € monatlich ein. Somit kam es in 2017 zu Einzahlungen in Höhe von 1.645,00 €. Die Auszahlungen beliefen sich auf 900,00 € in 2017. In der Bilanz, seit der Bildung des Solidarfonds, stellt sich folgender Mittelfluss dar: Gesamteinnahmen seit Bildung: 4.475,00 €. Gesamtausgaben seit Bildung: 3.550,00 €.

Und auch 2018 gab es bereits 2 Beschlüsse zur Ausschüttung aus dem So-

lidarfonds. So erhielt das INS - Inklusion Netz Staßfurt 500,00 € für seine intensive Inklusionsarbeit zum LINKEN Neujahrsempfang. Und: Die Fraktion fasste bereits den Beschluss, das Projekt „Sportlerheim in Warmsdorf“ ebenfalls mit 500,00 € zu bezuschussen.

Die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich bilanziert zur Jahresauftaktfraktionssitzung in Staßfurt: „Unser Solidarfonds kann sich sehen lassen!“

# Hilf mit!

Für gute Arbeit und gute Renten, für gute Gesundheitsversorgung für alle, für faire Bildungschancen und Frieden.

Deine Ideen,  
dein Engagement,  
deine Spende:

[spenden.die-linke.de](https://spenden.die-linke.de)

**DIE LINKE.**

# JAN KORTE EMPFING BESUCH AUS DEM SALZLANDKREIS

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Sich um 5:30 Uhr bei -12 Grad zu treffen, um nach Berlin aufzubrechen, klingt erstmal nicht sonderlich vergnügungssteuerepflichtig. Für die knapp 50 Teilnehmer einer Besuchergruppe mit ehrenamtlich Aktiven aus dem Salzlandkreis sollte der frühe Start am Donnerstag sich aber sehr lohnen: In der Hauptstadt gab es im Rahmen einer Fahrt des Bundespressemamtes auf Einladung von Jan Korte wieder viel zu entdecken.

Am Donnerstag wurde z. B. ein Blick ins Bundeskanzleramt gewährt. Nach einer filmischen Einführung in die Arbeit der Kanzlerin und ihres Amtes, gab es eine Führung vom Sitzungssaal des Bundeskabinetts bis zum Pressebereich. Beim anschließenden Besuch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ging es zuerst um die spannende Geschichte des Gebäudes am Franz-Mehring-Platz, in dem auch die Tageszeitung Neues Deutschland entsteht, bevor Geschäftsführer Dr. Florian Weis das umfangreiche Bildungsangebot,



Diskussion mit der Besuchergruppe

die Auslandsarbeit und das Stipendienprogramm der parteinahen Stiftung vorstellte.

Am Freitag stand dann der Besuch im Reichstagsgebäude im Mittelpunkt. Auf der Besuchertribüne konnten die Gäste eine Stunde lang der Debatte im Plenum folgen, in der es um LINKE Anträge zum Freihandelsabkommen CETA und zur Debatte um minderjährige Soldat\*innen in der Bundeswehr ging. Bei der anschlie-

ßenden Diskussion mit Jan Korte ging der Abgeordnete kurz auf seine Arbeit und aktuelle Schwerpunkte der Fraktion ein und ließ dann viel Zeit für Fragen und Meinungen der Besucher\*innen aus dem Wahlkreis. Diese nutzten die Gelegenheit, um sich erstmal für die Einladung zu bedanken und ihn dann mit Fragen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, zu den Problemen des föderativen Bildungssystem und zur Finanzierung der Kommunen zu löchern.

Weitere Highlights des umfangreichen Programmes: Eine große Stadtrundfahrt mit vielen spannenden Informationen und Anekdoten zur Bundeshauptstadt, ein Besuch in der Ausstellung zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland und ein Besuch im Berliner Fernsehturm. Hier gab es kurz vor der Rückfahrt bei strahlendem Sonnenschein noch einen sehr beeindruckenden Blick, über die Stadt, die den Besuchern zwei Tage lang richtig viel zu bieten hatte.

## WINTERFÜTTERUNG IM STASSFURTER TIERGARTEN

Klaus Magenheimer, Orts- und Fraktionsvorsitzender in Staßfurt

Es ist schon eine mehrjährige Tradition geworden. Mitglieder des Ortsvorstandes und der Stadtratsfraktion laden in den Winterferien zu einer Winterfütterung in den Staßfurter Tiergarten ein.

Dafür wurde auch in diesem Jahr mehrmals in der örtlichen Presse geworben. Einige Einrichtungen, wie die Stiftung Staßfurter Waisenhaus und die Kindertagesstätte der Volkssolidarität am Tierpark, wurden mit einer von Siegfried Mahlfeld entworfenen Einladung gezielt angesprochen.

Mehr als 30 Kinder und erwachsene BegleiterInnen konnten von der Tierparkleiterin und von mir am Eingang begrüßt werden. Die herrschende Temperatur an diesem Nachmittag war, wie das Motto, wirklich winterlich.

Es ging zuerst in das Affenhaus. Ein schon Altbekannter, der Tierpfleger Philipp Peters, assistiert von Sandra Schneeberg, suchte Neugierige, die Schildkröten und Bartagamen streicheln wollten. Diese fanden sie unter den Besuchern reichlich. Daneben gab es aber auch viel Wissenswertes über die Tiere im Haus. Es ging weiter an einem impulsanten Hahn und seinen Hühnern vorbei, zu den winterharten Kamelen. Sie standen am Zaun, als hätten sie schon auf die Besucherschar gewartet. Sie ließen sich die Gemüsemitbringsel schmecken. Da-

bei ließen sie auch ihren Mitbewohnern, den Lamas, von der Kost etwas abhaben. Dieser Halt war für viele besonders interessant, weil der Begleiter Philipp Peters reichliches Wissen über Verhalten und Gewohnheit anschaulich vermittelte. So manches Foto entstand dabei.

Es ging weiter. Eigentlich wollten wir eine Attraktion des Parkes, die Erdmännchen, besuchen. Über sie hatte Jan



Führung durch den Staßfurter Tiergarten

Korte auch schon eine Patenschaft übernommen. Sie waren bei diesen Temperaturen aber leider nicht zu sehen. Einen längeren Halt gab es dann bei den neugierigen Ziegen. Wegen der vorhandenen Kleintiere blieb aber diesmal der Besuchereingang geschlossen. Sie ließen sich die Speisen schmecken und gestatteten so manche Streicheleinheit, und natürlich Fotos. Auch die Schweine plagte die Neugierde über die aufgeregte Besucherschar.

Nun war ein weiteres Ziel erreicht. Das Stachelschwein „Opa“, wie das etwa 25 Jahre alte Tier genannt wird, wartete schon auf seine langjährigen Paten. Durch eine Spende aus dem Solidarfonds finanzieren die Fraktionsmitglieder seinen Aufenthalt im Tiergarten.

Zur Freude der Besucher ließ es sich nicht bitten und vergnügte sich an Kohlrabi, Möhren und Äpfel. Dabei behielt es auch seine Abwehrwaffen eng am Körper anliegen. Auch die gegenüberwohnenden Esel hatten kulinarischen Spaß.

Die teilnehmenden Mitglieder der Fraktion und des Vorstandes zeigten sich am Ende dieses Rundganges erfreut über die Resonanz dieser Ferienaktion und verabredeten vor Ort ein erneutes Treffen im kommenden Jahr. Dazwischen wird dann auch die Tierpatenschaft mit „Opa“ um ein weiteres Jahr verlängert.

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
März  
recht herzlich**

zum 94. Geburtstag  
Gertrud Große

zum 92. Geburtstag  
Rudolf Böhnstedt

zum 88. Geburtstag  
Christa Bust

zum 85. Geburtstag  
Helga Friedrich  
Vera Näther

zum 82. Geburtstag  
Marianne Kinsky  
Ingrid Schmerwitz  
Brigitte Weilbeer

zum 80. Geburtstag  
Dieter Schrader

zum 60. Geburtstag  
Dietmar Müller

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Leser\*innen, die im  
März Geburtstag haben.**



**„Kaffee mit LINKS“**

Am **11.04.2018 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

**Sprechzeiten vom Aktionsbündnis  
für Soziale Gerechtigkeit**

Jeden **2. und 4. Dienstag im Monat** von 9:30 - 11:30 Uhr in den Räumen der Staßfurter Urania (Prinzenberg 18).

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.  
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächsten Sitzung am **09.04.2018** um 18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro durch.

**Ortsversammlung in Bernburg**

Die LINKE Bernburg lädt am **21.03.2018 um 18 Uhr** alle Mitglieder zur Ortsversammlung mit Vorstandswahl ins Begegnungszentrum der Volkssolidarität ein (Wilhelmstraße 1).

**Politstammtisch in Staßfurt**

Am **21.03.2018 um 18 Uhr** lädt der Ortsverband zur Diskussion mit **MdL Doreen Hildebrandt** zum Thema „Gibt es den Fachkräftemangel wirklich?“ ins Bräustüb l ein (Hohenerxlebener Straße 82).

**„Frühstück mit LINKS“**

Am **26.03.2018 ab 10 Uhr** im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b).

**MdB Jan Korte**

ist am **09. und 10.04.2018** wieder im Salzlandkreis unterwegs. Für genaue Termine siehe [www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de).

**Nachruf**

In stiller Anteilnahme  
**Günter Gottwald**



OV Könnern  
Kreisvorstand

**In Gedenken an Günter Gottwald**

Der Tod des Genossen Günter Gottwald verursacht einen tiefen Riss in den Reihen unserer Partei. Trotz seiner fast 92 Jahre war er unermüdlich für die Partei da, ob Zeitungen oder Wahlflyer verteilen, Spenden sammeln oder an Ständen mit Bürgern diskutieren. Er war ein brillanter Erzähler, der jede Möglichkeit nutzte, um die Erlebnisse und Erfahrungen aus seinem Leben (Krieg, Gefangenschaft und Vertreibung) weiterzugeben. Seine große Liebe galt aber auch seinem großen Garten und der Jagd. Wir verlieren in ihm einen liebevollen und geschätzten Menschen, der unsere Partei „Die Linke“ nach der Wende geprägt hat.  
OV Könnern



**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am **28.03.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner<sup>®</sup>**  
klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 29. März 2018.  
Redaktionsschluss für diese  
Ausgabe war der 02. März 2018.**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.